

Niederschrift

über die Sitzung des Sitzungskennziffer	Schulausschusses XV/2
Tag der Sitzung	19.05.2010
Ort der Sitzung	Rathaus, Ratssaal
Ortsbesichtigung	entfällt
Dauer der Sitzung	18.00 bis 19.07 Uhr
Unterbrechungen	18.50 bis 18.55 Uhr
Anwesende	Siehe beiliegende Anwesenheitsliste (Anlage 1)
Vorsitz	Ratsmitglied Patrick Haas
Schriftführer	Stadtamtsrat Udo Griese

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt vor Eintritt in die Tagesordnung

- a) die Beschlussfähigkeit des Ausschusses,
- b) die form- und fristgerechte Einladung,
- c) die Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 27 (2) der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse

fest.

Die Tagesordnung wird einstimmig wie folgt beschlossen und behandelt:

Tagesordnung

A. Öffentliche Sitzung:

1. Vorstellung des Jugendparlaments
2. Bewegliches Anlagevermögen Schulen
hier: Verwendung Sondervermögen 2010
3. Antrag der Förderschule Stolberg auf Hinzunahme des Förderschwerpunktes „Sprache“
4. Elternbefragung 2010 zur Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg
hier: Bedarfsermittlung
5. Anfragen aus aktuellem Anlass und Mitteilungen der Verwaltung

B. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Anfragen aus aktuellem Anlass und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung:

1. Vorstellung des Jugendparlaments

Die Vertreterin des Jugendparlaments, Frau Michelle Schäfer, stellt die Arbeitsinhalte des Gremiums vor und bittet die anwesenden Schulleiter, die jeweiligen Schulsprecher in das Jugendparlament zu entsenden.

2. Bewegliches Anlagevermögen Schulen **hier: Verwendung Sondervermögen 2010**

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt einstimmig, die bei PSP 5.000007.510.810 „Sondervermögen Schulen“, Sachkonto 7831000 und 7832000 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 20.000,00 Euro für die mit der Schulkonferenz am 19.04.2010 einvernehmlich abgestimmten Maßnahmen an der Grundschule Gressenich, Grundschule Hermannstraße, Grundschule Bischofstraße, Förderschule Stolberg und der Hauptschule Kogelshäuserstraße zu verwenden.

3. Antrag der Förderschule Stolberg auf Hinzunahme des Förderschwerpunktes „Sprache“

Frau Zakowski (SPD) unterstützt den Beschlussvorschlag der Verwaltung, wobei sie allerdings keine Notwendigkeit für den hierin enthaltenen Punkt 2 sieht.

Herr Loogen (F.D.P.) fragt nach dem vorgesehenen Kompetenzzentrum, wofür ein Kooperation von Schulen vorgesehen war.

Frau Rößeler von der Förderschule Stolberg erhält das Rederecht und erklärt, dass ein Kompetenzzentrum zurzeit kein Thema mehr ist, da die hierfür eingerichtete Pilotphase bereits abgeschlossen ist.

Herr Seyffarth ergänzt für die Verwaltung, dass der vorliegende Antrag der Förderschule unabhängig von der Einrichtung eines Kompetenzzentrums gestellt werden kann.

Herr Loogen erfragt die Gründe, warum eine Kooperation der Schulen nicht zustande gekommen ist.

Frau Rößeler erteilt darüber Auskunft, dass die erforderlichen Zustimmungen der Stolberger Schulen nicht erreicht wurden.

Herr Prußeit (Die Linke) will wissen, wieso nicht in die Pilotphase eingestiegen wurde.

Frau Rößler verweist auf ihre vorherigen Aussagen.

Herr Emonds (CDU) erklärt, dass sich seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung anschließt, wobei ebenfalls auf den hierin enthaltenen Punkt 2 verzichtet wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt daraufhin folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

A. Der Schulausschuss beschließt auf der Grundlage der Sachdarstellung

1. die Hinzunahme des Förderschwerpunktes „Sprache“ für die Förderschule Stolberg -Förderschule im Verbund mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“- bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen,

2. die Umsetzung der Kooperation der Förderschule Stolberg mit den Förderschulen der Städteregion Aachen zu befürworten.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig abgelehnt.

B. Der Schulausschuss beschließt auf der Grundlage der Sachdarstellung die Hinzunahme des Förderschwerpunktes „Sprache“ für die Förderschule Stolberg - Förderschule im Verbund mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ - bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.

4. Elternbefragung 2010 zur Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg
hier: Bedarfsermittlung

Herr Emonds (CDU) weist darauf hin, dass die Elternbefragung auf Initiative der CDU-Fraktion durchgeführt wurde. Er stellt fest, dass der Fragebogen zwar umfangreicher hätte gestaltet werden müssen, der Elternwille für die Einrichtung einer Gesamtschule aber respektiert wird. Er sieht es für erforderlich an, dass der Punkt a) im Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend korrigiert werden muss, dass die Verwaltung ein Konzept zur Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg erstellt und dem Ausschuss vorlegt. Er sieht die Verwaltung in der Pflicht, die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen und Verfahrensschritte für die Einrichtung einer Gesamtschule selbst durchzuführen. Dies soll er vor allem unter dem Aspekt der entstehenden Kosten in Höhe von 22.000,00 Euro für eine externe Erstellung des Schulentwicklungsplans erfolgen.

Frau Zakowski (SPD) bedankt sich bei der Verwaltung für die Auswertung der Elternbefragung. Insbesondere stellt sie die Transparenz und die Argumentation hervor.

Sie weist darauf hin, dass in den Nachbarstädten ebenfalls Bestrebungen hinsichtlich der Einrichtung von Gesamtschulen anstehen. Die Stadt Stolberg soll sich deshalb dafür einsetzen, zeitnah eine Gesamtschule einzurichten. Sie plädiert für den Punkt a) des Beschlussvorschlages der Verwaltung, wonach alle erforderlichen Maßnahmen für die Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg durchgeführt werden sollen. Der Punkt b) des Beschlussvorschlages soll in Anbetracht der entstehenden Kosten für eine externe Erstellung eines Schulentwicklungsplans dahingehend geändert werden, dass die Verwaltung gebeten wird, die Erstellung eines Schulentwicklungsplans anzulassen und sich bewerbende Unternehmen bzw. Institute einzuladen, ihr ausgearbeitetes Konzept im Schulausschuss zu präsentieren.

Herr Seyffarth macht für die Verwaltung auf die Zeitverzögerung aufmerksam, die durch diesen Zwischenschritt entsteht. Daher sollen die erforderlichen Mittel für eine Auftragsvergabe bereitgestellt werden.

Frau Hirtz (Die Grünen) hält die von der Verwaltung vorgebrachten Argumente für eine externe Erstellung eines Schulentwicklungsplans für einleuchtend. Die bisherigen Schulentwicklungspläne enthalten nur Zahlenwerke, die wenig Aussagekraft besitzen. Ein Fachinstitut kann weiter ermitteln und damit eine verbindlichere Grundlage schaffen. Hinsichtlich der entstehenden Kosten verweist sie auf die bei der Stadt Eschweiler praktizierte Arbeitsweise, wobei dort eine Fachkraft ausschließlich mit der Schulentwicklungsplanung beschäftigt ist, für die ähnliche Kosten anfallen.

Herr Prußeit (Die Linke) begrüßt das Ergebnis der Elternbefragung. Da er die Finanzierung einer externen Erstellung eines Schulentwicklungsplans als „knifflig“ ansieht, bittet er um Auskunft, in welchem Zeitraster der Schulentwicklungsplan durch die Verwaltung erstellt werden kann. Sollte dies nur mit einem erheblichen Zeitaufwand realisiert werden können, spricht er sich im Interesse einer schnellen Bearbeitung für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Seyffarth (Verwaltung) erklärt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt empfohlen hat, eine externe Erstellung eines Schulentwicklungsplans vorzunehmen. Er ergänzt, dass im Schulverwaltungsamt kein diesbezüglich ausgebildetes Personal vorhanden ist.

Frau Schultes-Zartmann (CDU) macht deutlich, dass in der Verwaltung die erforderliche Sachkompetenz vorhanden sein muss. Die durch das Schulverwaltungsamt vorgelegte Auswertung der Elternbefragung beweist den dort vorhandenen Sachverstand. Dieser muss dem Büro für sozialwissenschaftliche Analysen und Planungen Dr. Joußen abgesprochen werden, da die vorgenommene Bewertung keine eigenen Ansätze erhält, sondern nur die durch die Verwaltung ermittelten Ergebnisse verwertet. Dies hätte auch das Schulverwaltungsamt gekonnt. Der Antrag der SPD bedeutet nur eine Zeitverzögerung.

Frau Zakowski (SPD) stellt klar, dass sich die SPD-Fraktion nicht gegen eine externe Erstellung eines Schulentwicklungsplans ausspricht. Sie hält es aber für sinnvoll, wenn die Konzepte und Inhalte für einen Schulentwicklungsplan durch Fachinstitute so schnell wie möglich im Schulausschuss vorgestellt werden.

Herr Prußeit (Die Linke) fragt nochmals nach dem Zeitraster für den Fall, dass der Schulentwicklungsplan durch die Verwaltung erstellt wird.

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass bei einer externen Erstellung eines Schulentwicklungsplans mit einem Zeitaufwand von 2 bis 3 Monaten zu rechnen ist. In Anbetracht der Arbeitsabläufe und der personelle Besetzung beim Schulverwaltungsamt ist dagegen für diese Arbeit bis zu einem Jahr einzukalkulieren.

Herr Loogen (F.D.P) fragt nach, ob sich die Verwaltung unter den finanziellen Gegebenheiten schon Gedanken über die Schließung oder Zusammenlegung von Schulen gemacht hat.

Herr Seyffarth (Verwaltung) betont, dass für diese Aussagen ein qualifizierter Schulentwicklungsplan erforderlich ist. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Schulschließungen notwendig werden und hierdurch eine größere Veränderung der Stolberger Schullandschaft eintritt.

Herr Prußeit (Die Linke) bestätigt, dass laut Aussage der Gemeindeprüfungsanstalt kurzfristig Überhänge im Flächenbereich von Schulen zu verzeichnen sind.

Herr Kaußen (SPD) führt aus, dass die durch ein Fachinstitut ermittelten Ergebnisse und die hieraus resultierenden Maßnahmen effektiver sind, als wenn sie durch die Verwaltung erstellt werden.

Herr Emonds (CDU) sieht keinen Anlass, besondere Konzepte durch Fachinstitute erstellen zu lassen und diese dem Schulausschuss vorzustellen. Öffentliche Gelder sollen nur bei absoluter Notwendigkeit eingesetzt werden. Die angemerkten Arbeitsabläufe und die personelle Besetzung im Schulverwaltungsamt bestätigen die Organisationsprobleme in der Verwaltung.

Herr Thiermann (CDU) kritisiert, dass die Verwaltungsvorlage hinsichtlich der Begründung für die externe Erstellung eines Schulentwicklungsplans keine Zeitschiene enthalte. Diese ist vielmehr erst in der Sitzung angemerkt worden.

Herr Seyffarth (Verwaltung) verweist auf die in der Vorlage aufgeführte fachliche Begründung.

Frau Zakowski (SPD) bemerkt, dass die von der CDU-Fraktion eingeforderten soziologischen Studien im Schulentwicklungsplan nur durch ein Fachinstitut erstellt werden können. Die SPD bleibt deshalb bei ihrem gestellten Beschlussvorschlag.

Herr Emonds (CDU) führt aus, dass die CDU-Fraktion zu Punkt a) im Beschlussvorschlag der Verwaltung eine redaktionelle Annäherung vornimmt, zu Punkt b) die Verwaltung in der Pflicht sieht, den Schulentwicklungsplan intern zu erstellen.

Herr Prußeit (Die Linke) hält es für beschämend, dass im Ausschuss Schulzuweisungen erfolgen. Er stimmt für den Verwaltungsvorschlag, weil er diesen für vernünftig ansieht. Taktische Spielchen sind fehl am Platz.

Die Sitzung wird von 18.50 bis 18.55 Uhr unterbrochen.

Der Ausschussvorsitzende stellt daraufhin folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

1) Der Schulausschuss beschließt, aufgrund der Bedarfsermittlung hinsichtlich der Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg

- a) alle erforderlichen Maßnahmen für die Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg durchzuführen,**
- b) die Verwaltung zu bitten, die Erstellung eines Schulentwicklungsplans anzulassen und sich bewerbende Unternehmen bzw. Institute einzuladen, ihr ausgearbeitetes Konzept im Schulausschuss zu präsentieren. Dazu soll die turnusmäßige Sitzung auf einen Termin vor der Sommerpause verschoben werden.**

Es erfolgt folgender Beschluss:

zu a) Einstimmig angenommen.

zu b) Mit 8 Ja-Stimmen (SPD/F.D.P./Grüne) zu 7 Nein-Stimmen (CDU/Die Linke) angenommen.

2) Der Schulausschuss beschließt, aufgrund der Bedarfsermittlung hinsichtlich der Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg

- a) alle erforderlichen Maßnahmen für die Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg durchzuführen,**
- b) die Erstellung eines Schulentwicklungsplans durch die Verwaltung vorzunehmen.**

Es erfolgt folgender Beschluss:

zu a) Einstimmig angenommen.

zu b) Mit 9 Nein-Stimmen (SPD/F.D.P./Die Grünen/Die Linke) zu 6 Ja-Stimmen (CDU) abgelehnt.

3) Der Schulausschuss nimmt die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt Hauptausschuss und Rat zu beschließen, aufgrund der Bedarfsermittlung hinsichtlich der Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg

- a) alle erforderlichen Maßnahmen für die Einrichtung einer Gesamtschule in Stolberg durchzuführen,
- b) die Erstellung eines Schulentwicklungsplans durch ein externes Institut vornehmen zu lassen und die hierfür erforderlichen Ausgabemittel in Höhe von 22.000,00 Euro bereitzustellen.

Es erfolgt folgender Beschluss:

zu a) Einstimmig angenommen.

zu b) Mit 14 Nein-Stimmen (SPD/F.D.P/Die Grünen/CDU) zu 1 Ja-Stimme (Die Linke) abgelehnt.

5. Anfragen aus aktuellem Anlass und Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Anfragen und Mitteilungen vor.

Vor Eintritt in die nichtöffentliche Sitzung bedankt sich der scheidende Direktor des Ritze-feld-Gymnasiums -Herr Burkhard Klein- für die in seiner Amtszeit erbrachte Unterstützung und bittet die Politik und Verwaltung für die Weiterentwicklung der Schule Sorge zu tragen.

B. Nichtöffentliche Sitzung:

1. Anfragen aus aktuellem Anlass und Mitteilungen der Verwaltung

Anfragen und Mitteilungen liegen nicht vor.



Haas
Vorsitzender




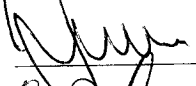

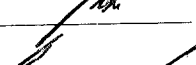
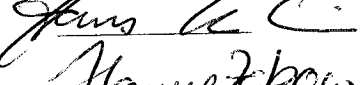



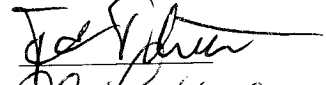
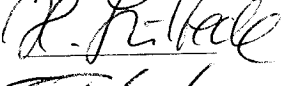
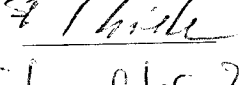
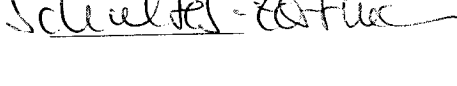
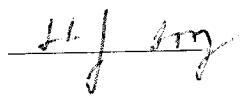
Griese
Schriftführer

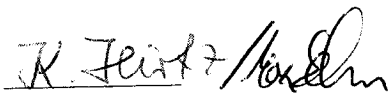



Anwesenheitsliste

Anlage 1

zur Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungskennziffer: XV/2
Tag der Sitzung: 19.05.2010
Ort der Sitzung: Rathaus, Ratssaal
Dauer der Sitzung: von 18.00 bis 19.07
Unterbrechung: von 18.50 bis 18.55

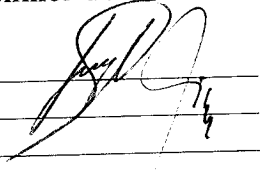
Lfd. Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
SPD - Fraktion			
1.	Haas, Patrick	Wolf, Dieter	
2.	Jussen, Peter	Nießen, Hildegard	
3.	Kaußen, Hans-Jürgen	Przybylski, Rosita	
4.	Kohn, Arndt	Fuchs, Gernod	
5.	Manoliu, Dana	Göbbels, Hans-Peter	
6.	Zakowski, Hanne	Simmelink-Weinstein, Hartmut	
CDU - Fraktion			
7.	Berghausen, Klaus	Hahn, Ludwig	
8.	Emonds, Jochen	Grüttmeier, Tim	
9.	Heuser, Thomas	Thiermann, Fritz	
10.	Lüttecke, Hildegard	Call, Rosemarie	
11.	Thielen, Frederick	Siebertz, Kerstin	
12.	Schultes-Zartmann, Birgit	Doncks, Josef	
F.D.P.-Fraktion			
13.	Dr. van der Brück, Ralf	Loogen, Hermann-Josef	

Lfd. Nr.	Name	Stellvertreter	Unterschrift
Bündnis 90/Die Grünen			
14.	Hirtz, Katharina	Schwan Max	
Die Linke			
15.	Prußheit, Mathias	Jilk, Anita	
Beratende Mitglieder			
16.	Pfarrer Hinze, Andreas	Siebrecht, Antje	
17.	Gemeindereferentin Conen, Marlies		

Es fehlten (entschuldigt oder unentschuldigt)

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

Teilnehmer der Verwaltung

- | | |
|--|----------|
| 1.  | 5. _____ |
| 2. _____ | 6. _____ |
| 3. _____ | 7. _____ |
| 4. _____ | 8. _____ |

Sonstige Teilnehmer

- | | |
|----------|----------|
| 1. _____ | 3. _____ |
| 2. _____ | 4. _____ |